

EINLADUNG

11. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 01.12.2022, 17:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften der 9. und 10. Sitzung
- 3 Mitteilungen des Kinder- und Jugendparlaments
- 4 Vorstellung des Kindertagesstättenentwicklungsplan und
Beschlussfassung: Referent: Herrn Malte Jansen; siehe Anhang für
die Präsentation und Beschlussfassungsvorlage
- 5 Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – **0145/6**
Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien
Fraktion DIE LINKE

Siehe Ersetzungsantrag
(JHA m., PartInt m., HH ffd)
- 6 Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in **0129/6**
Westend schaffen
CDU-Fraktion
(JHA m., HH ffd.)
- 7 Personaleinstellungen im Jugendamt beschleunigen **0179/6**
FDP-Fraktion
(JHA m., HH ffd.)
- 8 Mitteilungen
 - a. Der Vorsitzenden
 - b. Der Verwaltung / Fragen an die Verwaltung
 - c. Der Freien Träger und Verbände
 - d. Der Arbeitsgemeinschaften
 - e. Des Bezirksselternausschusses der Kindertagesstätten
 - f. Des Bezirksschulbeirates
- 9 Verschiedenes
- 10 Nächster Sitzungstermin: 05. Januar 2022 / 17. Januar 2022

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

A. Wiemann
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0145/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den Bezirkshaushalt 2023/24 hinreichende Mittel für die Beauftragung von Gebärdensprachdolmetscher:innen für alle per Livestream übertragenen BVV-Sitzungen (vgl. Drucksache 2021/5), Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Sitzungen der Senior:innen-Bezirksversammlung bereitzustellen. Die vertragliche Regelung soll dabei so gestaltet werden, dass das Bezirksamt einen Vertrag mit Anbieter:innen abschließt, der alle genannten Sitzungstermine abdeckt, so dass nicht für jede einzelne Sitzung separate Aufträge erteilt und Angebote eingeholt werden müssen.

Eine Fortführung und Verstetigung des Angebots in nachfolgenden Bezirkshaushalten ist zu gewährleisten.

Der BVV ist zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungen muss allen Bürger:innen gewährleistet sein, doch bisher sind taube, schwerhörige oder ertaubte Menschen im Bezirk davon ausgeschlossen. Als Träger öffentlicher Belange sind die Bezirksämter gemäß UN-Behindertenkonvention (Artikel 9) dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt einschließlich Information und Kommunikation sicher zu stellen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland unmittelbar geltendes Recht. Mit der Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschung für die Sitzungen der BVV, des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Senior:innen-Bezirksversammlung setzt das Bezirksamt dieses Recht auf Teilhabe endlich um.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Schmidt-Statzkowski/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0129/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Plan zur Schaffung einer Einrichtung der bezirklichen Jugendförderung in Westend mit Finanzierungsplan und in Frage kommenden Grundstücken zu erstellen und der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30. Juni 2022 vorzulegen.

Begründung:

Seit der Schließung des Jugendheims in der Soorstraße 85 gibt es keine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung mehr in Westend.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Zeh

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0179/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Personaleinstellungen im Jugendamt beschleunigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass mögliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der offenen Kinder- und Jugendarbeit die durch eine Schwangerschaft oder eine beantragte Elternzeit beruflich ausfallen, hierfür schnellstmöglich befristete Stellen auszuschreiben, um damit den Arbeitsausfall zu kompensieren.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

Der Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der offenen Kinder- und Jugendarbeit hat dramatische Folgen, so dass Angebote in den Einrichtungen nicht stattfinden können oder es zu einer dauerhaften Unterbesetzung des Personals kommt. Durch rechtlich zustehenden Urlaub der Mitarbeiter, Ferienfahrten aber auch durch einen krankheitsbedingten Ausfall, ist eine vorübergehende Schließung von Jugendeinrichtungen oftmals die Folge. Das Bezirksamt muss dafür sorgen den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Eine dauerhafte Unterbesetzung ist somit keine Alternative! Da auch bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Finanzierung über die Krankenkassen erfolgt und nicht weiter über das Bezirksamt, stehen die Gelder durchaus zur Verfügung. Deshalb sollten diese Gelder auch umgehend dafür eingesetzt werden.